

## Siedlungsentwässerung

### Kommissionsbericht

#### I.

1. Der Gemeinderat unterbreitete dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag vom 30. Oktober 2012 betreffend Siedlungsentwässerung. Dabei geht es um die Totalrevision der Verordnung über die Abwasseranlagen vom 17. Januar 1974 (Kanalisationsverordnung, NRB 814.200) sowie um Teilrevisionen der Verordnung über den Kanalschlussbeitrag vom 17. Januar 1974 (NRB 814.210) und der Verordnung über die Abwassergebühr vom 23. Januar 1990 (NRB 814.220). Kernstück der Vorlage ist die **Erhöhung der ordentlichen Abwassergebühr** von heute 60 Rappen auf 122 Rappen. Hinzu kommt die Zusatzgebühr für die Finanzierung des Neuhauser Kostenanteils für die Erneuerung der ARA Röti von heute 57 Rappen. Diese Zusatzgebühr kann längstens bis 2019 erhoben werden (vgl. Art. 2a der Verordnung über die Abwassergebühr). Da die Erhöhung der ordentlichen Abwassergebühr nach den Vorstellungen des Gemeinderates gestaffelt in Kraft gesetzt werden soll, wird in Neuhausen am Rheinflall ab 1. Januar 2015 eine Abwassergebühr von Fr. 1.79 pro m<sup>3</sup> Frischwasser zu entrichten sein, allenfalls zuzüglich Teuerungszuschlag (vgl. Art. 2 mit dem neuen Abs. 4 der Verordnung über die Abwassergebühr).
2. Am 15. November 2012 hat der Einwohnerrat zur Vorberatung des Berichts und Antrags des Gemeinderates eine aus folgenden Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt: Markus Anderegg (FDP), Peter Gloor (SP), August Hafner (SP), Präsidium, Urs Hinnen (ÖBS), Arnold Isliker (SVP), Christian Schwyn (SVP) und Marcel Stettler (CVP).

#### II.

3. Die Kommission trat am 4. Dezember 2012 zur ersten und einzigen Sitzung zusammen. Neben den vollzählig anwesenden Kommissionsmitgliedern nahmen Gemeindepräsident Stephan Rawyler und Renato Sartori, Leiter Tiefbau, an den Beratungen teil. Das Protokoll führte die Gemeindeangestellte Ester Wermelinger.

4. Die Kommission trat einstimmig auf die Vorlage betreffend Siedlungsentwässerung ein und nahm Kenntnis vom Schreiben des Preisüberwachers vom 26. Oktober 2012. Seine Empfehlungen gebieten keine Anpassungen der zu revidierenden Verordnungen. Die vorgeschlagenen Änderungen von einzelnen Verordnungsbestimmungen in der Stellungnahme des Departementes des Innern des Kantons Schaffhausen vom 13. November 2012 wurden von der Kommission übernommen.

Die Vertreter der Gemeinde zeigten der Kommission auf, dass die Kosten für die Sanierung der Anlagen der Siedlungsentwässerung (Kanalisation, Rückhalte- und Regenbecken) gemäss dem Generellen Entwässerungsprojekt (GEP) rund 13.5 Mio. Franken betragen. Realisiert wurden bis heute Sanierungsmassnahmen mit Kosten von ca. 3.7 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der Teuerung müssen für die Umsetzung aller GEP-Massnahmen im vorgegebenen Zeitrahmen noch rund 11 Mio. Franken bzw. jährlich 1.2 Mio. Franken investiert werden. Hinzu kommen die Kosten für ordentliche Unterhaltsarbeiten und für Interventionen bei Leitungsbrüchen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die jährlichen Fehlbeträge der Abwasserrechnung erachtete die Kommission die vorgesehene Erhöhung der Abwassergebühr einmütig als nötig und dringlich.

5. Die Verordnung über die Abwasseranlagen ist rein technischer Natur. Ihre Totalrevision gab deshalb zu keinen grossen Diskussionen Anlass. Gleich verhielt es sich bei der Teilrevision der Verordnung über den Kanalanschlussbeitrag, denn die im Wesentlichen lediglich an die Teuerung angepassten Anschlussbeiträge spielen im bereits weitgehend überbauten Neuhausen am Rheinfall keine grosse Rolle mehr, weder als einmalige Belastung für die Grundeigentümer noch als unregelmässig fliessende Einnahmequelle der Gemeindekasse.

Anders verhält es sich bei der Teilrevision der Verordnung über die Abwassergebühr. Bei jährlich rund 850'000 m<sup>3</sup> verrechenbarem Abwasser generiert die Erhöhung der Gebühr um 62 Rappen pro m<sup>3</sup> Mehreinnahmen von rund Fr. 527'000.--. Die damit verbundene wesentliche - verursachergerechte - Verbesserung der Abwasserrechnung hat auch spürbare Konsequenzen für die Bevölkerung sowie für Gewerbe und Industrie, zumal in naher Zukunft auch eine Erhöhung der Wassergebühr im Schwange liegt. Die Versuchung, gegen die geänderte Verordnung über die Abwassergebühr das Referendum zu ergreifen, dürfte deshalb gross sein.

Ein durchschnittlicher Haushalt mit einem jährlichen Wasserverbrauch von 85 m<sup>3</sup> muss mit jährlichen Mehrausgaben von rund Fr. 53.-- rechnen. Nüchtern betrachtet erscheint dieser Betrag als verkraftbar. Abgesehen davon, ist die Belastung mit Abwassergebühren in Neuhausen am Rheinfall im Vergleich mit anderen Gemeinden eher tief (vgl. Übersicht im Anhang). Das veranlasste die Kommission, die vom Gemeinderat vorgeschlagene Staffelung der Gebührenerhöhung breit zu diskutieren. Die Dringlichkeit zur verursachergerechten Verbesserung der Abwasserrechnung, inklusive Umsetzung der GEP-Massnahmen, spricht zwar für eine rasche Inkraftsetzung der vollen Gebührenerhöhung. Andererseits könnte es zu einem politischen Absturz führen, wenn den Gebührenpflichtigen auf einen Schlag zu viel zugemutet würde. Mit Blick auf die wuchtige Verwerfung der massvoll angehobenen Abfallgrundgebühr, die mit einer leichten Senkung der Sackgebühr abgedeckt worden war, durch die Stimmbürgerschaft kam die Kommission in der Folge einmütig zum Schluss, mit einer zeitlich gestaffelten Gebührenerhöhung sei man auf der sichereren Seite.

Wie bereits erwähnt, wurden in allen drei Verordnungen die Änderungsvorschläge des Departementes des Innern übernommen.

6. Den drei revidierten Verordnungen stimmte die Kommission einstimmig und ohne Enthaltung zu. Sie empfiehlt dem Einwohnerrat einmütig, auf die Vorlage einzutreten und den drei Anträgen des Gemeinderates, welche nun die Verordnungsänderungen in der Kommissionsfassung zum Gegenstand haben, ebenfalls zuzustimmen.

Cagnes-sur-Mer, 21. Dezember 2012

Im Namen der Kommission:



August Hafner

#### **Anhang**

- Gegenüberstellung von Gebühren 'Abwasser' mit Nachbar-Gemeinden
- 3 Verordnungen in der Kommissionsfassung

## Totalrevision der Verordnung über die Abwasseranlagen (Kanalisationsverordnung; NRB 814.200)

<b>Verordnung über die Abwasseranlagen (Kanalisationsverordnung)</b> vom 17. Januar 1974 <sup>1</sup>	<b>Verordnung über die Siedlungsentwässerung</b> vom xx. xx. 2013
<i>Gestützt auf das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung vom 8. Oktober 1971<sup>2</sup>, das entsprechende kantonale Einführungsgesetz über den Gewässerschutz<sup>3</sup>, das Gemeindegesetz vom 9. Juli 1892<sup>4</sup>, das Baugesetz für den Kanton Schaffhausen vom 9. November 1964<sup>5</sup> und die Bauordnung für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 21. November 1967<sup>6</sup> erlässt der Einwohnerrat folgende Verordnung:</i>	<i>Der Einwohnerrat,</i>  gestützt auf das Bundesgesetz über den Gewässerschutz vom 24. Januar 1991 <sup>1</sup> , die Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 <sup>2</sup> , das Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 <sup>3</sup> und die Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 2. Juli 2002 <sup>4</sup> ,  <i>beschliesst<sup>5</sup>:</i>
<b>Art. 2 Zweck des Kanalisationsnetzes</b> <sup>1</sup> Das öffentliche Kanalisationsnetz dient der Aufnahme und Ableitung aller Abwässer aus privaten, gewerblichen und industriellen Liegenschaften.  <sup>2</sup> Das öffentliche Kanalisationsnetz soll auch das Niederschlagswasser und anderes nicht verschmutztes Abwasser aus überbauten Gebieten (aus Brunnen, Sickerleitungen, Quellen usw.) aufnehmen, die nicht verschmutzten Abwässer jedoch nur wenn direkte Ableitung in öffentliche Gewässer oder Versickerung nicht möglich ist. Grössere Gelände-Drainagen dürfen nicht angeschlossen werden.	
<b>Art. 5 Entwässerungssystem</b> Die öffentlichen Abwasseranlagen werden nach dem Prinzip der direkten Abschwemmung (Schwemmkanalisation) erstellt. Im allgemeinen wird im Mischsystem entwässert. Das Trennsystem wird nur in besonders dazu geeigneten Gebieten angewendet.	<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b> <b>Art. 1 Entwässerungssystem</b> Im Bereich öffentlicher Kanalisationen muss das verschmutzte Abwasser in die Kanalisation eingeleitet werden. Die Siedlungsentwässerung erfolgt im allgemeinen im Mischsystem. Das Trennsystem wird nur in dazu geeigneten Gebieten angewendet.
<b>Art. 10 Versickerung</b> Es ist verboten, verunreinigende Abwasser durch versickern lassen in	<b>Art. 2 Einleitung in Abwasserreinigungsanlagen</b> <sup>1</sup> Verschmutztes Abwasser (häusliches und gewerbliches, gegebenen-

<p>den Untergrund zu beseitigen. Die kantonale Behörde kann Ausnahmen bewilligen, sofern die Gefahr der Verunreinigung eines ober- oder unterirdischen Gewässers ausgeschlossen ist.</p> <p><b>Art. 3 Zweck der Abwasserreinigungsanlage</b>                  In der Abwasserreinigungsanlage muss das verschmutzte Abwasser so gereinigt werden, dass es beim Einleiten in den Vorfluter den allgemein gültigen Normen entspricht.</p>	<p>falls vorbehandeltes Abwasser) ist einer zentralen Abwasserreinigungsanlage zuzuleiten.</p> <p><sup>2</sup> Das Abwasser muss so beschaffen sein, dass es weder die Siedlungsentwässerungsanlagen schädigt noch deren normalen Betrieb und Unterhalt oder die Abwasserreinigung erschwert.</p>
<p><b>Art. 8 Ausnahmen</b>  <sup>1</sup> Von der Anschlusspflicht können befreit werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Landwirtschaftliche Liegenschaften, wenn die Abwässer zur Düngung verwertet werden können und die Speicherung in wasserdichten Behältern ohne Überlauf erfolgt;</li> <li>b) Unbebaute Grundstücke, sofern der Wasserabfluss keine Missstände verursacht;</li> <li>c) Bebaute Grundstücke, deren Abwässer nur mit unverhältnismässig hohen Kosten dem öffentlichen Kanalisationsnetz zugeführt werden können, sofern die Abwasserbeseitigung auf andere einwandfreie Weise erfolgt und der Kanton zustimmt;</li> <li>d) Bebaute Grundstücke, sofern das Niederschlagswasser und anderes unverschmutztes Wasser ohne Schädigung Dritter direkt in Gewässer oder in eine einwandfreie Versickerung abgeleitet werden kann;</li> <li>e) Gebäude, deren Abbruch mit Sicherheit innert fünf Jahren zu erwarten ist, wenn die Abwasseranlagen nicht zu beanstanden sind;</li> </ul> <p><sup>2</sup> Die Befreiung von Anschlusspflicht ist aufzuheben, wenn die für die Befreiung massgebenden Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.</p>	
<p><b>Art. 9 Nachträgliche Anschlusspflicht</b>                  Können Grundstücke, die von der Anschlusspflicht befreit werden, durch Erweiterung des öffentlichen Kanalisationsnetzes nachträglich mit zumutbaren Kosten angeschlossen werden, ist der Anschluss gleichzeitig mit dem Bau der öffentlichen Kanalisation auszuführen.</p>	

	<p><b>Art. 3 Niederschlagswasser</b>                  Das von befestigten Flächen (Dächern, Lager- und Verkehrsflächen sowie Plätzen) abfliessende Niederschlagswasser ist seinem Verschmutzungsgrad entsprechend dem verschmutzten respektive dem nicht verschmutzten Abwasser zuzuordnen. Massgebend für die Einteilung ist die Norm SN 592000, Grundstücksentwässerung, die Richtlinie zur Versickerung, Retention und Ableitung von Niederschlagswasser in Siedlungsgebieten des VSA<sup>6</sup>. Im Zweifelsfalle sind Messungen zum Verschmutzungsgrad durchzuführen.</p>
	<p><b>Art. 4 Versickerung</b>  <sup>1</sup> Nicht verschmutztes Abwasser muss auf dem Grundstück, auf welchem es anfällt, versickert oder einer zentralen Versickerungsanlage zugeführt werden.  <sup>2</sup> Ist eine Versickerung nicht möglich, erfolgt die Entwässerung des nicht verschmutzten Abwassers in dieser Reihenfolge:                  - in die Meteorwasserleitung                  - in den nächsten Vorfluter                  - in die Mischkanalisation  <sup>3</sup> Wenn die Kapazität der Anlagen nicht ausreicht, können Rückhalte-einrichtungen verlangt werden.</p>
<p><b>Art. 11 Einleitung in Gewässer</b>                  Für die Einleitung künstlich zusammengefassten Abwassers in öffentliche oder private Gewässer ist eine kantonale Bewilligung notwendig.</p>	
	<p><b>Art. 5 Übernahme und Durchleitung von Abwasser</b>                  Abwasser aus anderen Gemeinden kann übernommen und durchgeleitet werden.</p>
<p><b>Art. 1 Aufgabe der Gemeinde</b>  <sup>1</sup>Zur Ableitung und Reinigung der Abwässer erstellt und unterhält die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall allein oder zusammen mit anderen</p>	<p><b>II. Aufgaben der Gemeinde</b>  <b>Art. 6 Bau und Unterhalt</b>  <sup>1</sup>Die Gemeinde plant, erstellt, unterhält und betreibt die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen.</p>

<p>Gemeinden ein öffentliches Kanalisationsnetz und die dazugehörige Abwasserreinigungsanlage nach den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Verordnung.</p> <p>...</p>	<p><sup>2</sup> Der Gemeinderat kann mit Privaten, anderen Gemeinden oder Organisationen Verträge über die Ableitung, Versickerung oder die Behandlung von Abwasser abschliessen. Ableitung, Versickerung oder die Behandlung müssen den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Die entsprechenden kantonalen Amtsstellen sind vorgängig zu konsultieren.</p>
<p><b>Art. 1 Aufgabe der Gemeinde</b></p> <p>...</p> <p><sup>2</sup> Die Gemeinde führt einen Leitungsplan für die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen.</p>	<p><b>Art. 7 Genereller Entwässerungsplan</b></p> <p>Die Gemeinde führt den Generellen Entwässerungsplan (GEP). Sie setzt die darin definierten Massnahmen um.</p>
<p><b>Art. 4 GKP Betretensverbot</b></p> <p><sup>1</sup> Die Abwasseranlagen werden nach einem auf dem Zonenplan beruhenden generellen Kanalisationsprojekt (GKP) und nach dem öffentlichen Bedürfnis erstellt.</p> <p>...</p> <p><sup>3</sup> Das Betreten der öffentlichen Abwasseranlagen ist nur mit amtlicher Erlaubnis gestattet.</p>	<p><b>Art. 8 Auskunftspflicht</b></p> <p>Bei privaten Siedlungsentwässerungsanlagen sind die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer verpflichtet, der Gemeinde die erforderlichen Angaben zu machen, welche für den Bau, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerung erforderlich sind.</p>
	<p><b>III. Öffentliche Siedlungsentwässerung</b></p> <p><b>Art. 9 Begriff</b></p> <p>Die öffentliche Siedlungsentwässerung umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– das gemeindeeigene Kanalisationssystem und seine Einrichtungen wie Regenbecken, Regenüberläufe, Speicherkanäle, Pumpwerke usw.,</li> <li>– die Verbandsanlagen für die Ableitung und die Reinigung von Abwasser (Rötikanal und Abwasserreinigungsanlage Röti),</li> <li>– eingedolte und offene Bachläufe innerhalb der Bauzone.</li> </ul>
<p><b>Art. 4 GKP Betretensverbot</b></p> <p>...</p>	<p><b>Art. 10 Anordnung</b></p> <p><sup>1</sup> Die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen werden in der Regel</p>

<p><sup>2</sup> Die öffentlichen Kanalisationen sind nach Möglichkeit in den öffentlichen Grund oder in die für Strassen vorgesehenen Bereiche einzulegen. Wird ausnahmsweise Privatland beansprucht, ist ein Durchleitungsrecht (Personaldienstbarkeit) zu erwerben. ...</p>	<p>im öffentlichen Strassengebiet erstellt.</p> <p><sup>2</sup> In besonderen Fällen können Siedlungsentwässerungsanlagen auch in privatem Grund erstellt werden. Solche Anlagen sind als Dienstbarkeit im Grundbuch einzutragen.</p>
	<p><b>IV. Private Siedlungsentwässerungsanlagen</b> <b>Art. 11 Begriff</b> Als private Siedlungsentwässerungsanlagen werden alle zu einem Gebäude oder Grundstück gehörigen Anlagen zur Ableitung des Abwassers bis und mit Anschluss an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen gezählt.</p>
<p><b>Art. 7 Anschlusspflicht</b> Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die Abwässer durch unterirdische Leitungen dem öffentlichen Kanalisationsnetz zuzuführen.</p>	<p><b>Art. 12 Bau- und Anschlusspflicht</b> <sup>1</sup> Private Siedlungsentwässerungsanlagen sind bis zum Anschluss an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen zu Lasten der Eigentümerinnen beziehungsweise der Eigentümer der zu entwässernden Gebäude und Grundstücke zu erstellen.</p> <p><sup>2</sup> Bei Verwendung von Brauchwasseranlagen ist eine separate Messvorrichtung nach den Vorschriften der Städtischen Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfluss einzubauen.</p>
<p><b>Art. 22 Einzelanschlüsse, gemeinsame Anschlüsse</b> <sup>1</sup> In der Regel ist für jedes Gebäude eine eigene Anschlussleitung zur öffentlichen Kanalisation zu erstellen. <sup>2</sup> Gemeinsame Anschlüsse sind zulässig, wo sie technisch vorteilhafter sind oder wo Einzelanschlüsse unverhältnismässig hohe Kosten ergeben. <sup>3</sup> Gemeinsame Leitungen sind ausserhalb der Gebäude zu verlegen.</p>	
<p><b>Art. 23 Gemeinsame Anlagen, Durchleitungsrecht, Haftung</b> Bei gemeinsamen Anschlussleitungen sind das Durchleitungsrecht sowie die gemeinsame Erneuerung-, Unterhalts- und Reinigungspflicht unter den beteiligten Eigentümern privatrechtlich zu ordnen. Für die</p>	

<p>gemeinsamen Pflichten haften die beteiligten Eigentümer der Gemeinde gegenüber solidarisch.</p>	
<p><b>Art. 24 Aufbruchbewilligung</b>  <sup>1</sup>Die Bewilligung für einen Kanalisationsanschluss gibt die Erlaubnis, den öffentlichen Grund mit einer Anschlussleitung zu belegen.  ...  </p>	<p><b>Art. 13 Kanalanschlussbewilligung</b>  <sup>1</sup> Für den Neuanschluss oder bei massgebenden Änderungen bestehender Siedlungsentwässerungsanlagen ist eine kommunale oder kantonale gewässerschutzrechtliche Kanalanschlussbewilligung erforderlich. Die Kanalanschlussbewilligung gibt die Erlaubnis, den öffentlichen Grund mit einer Anschlussleitung zu belegen.  <sup>2</sup> Als massgebende Änderung gilt jede Nutzungsänderung von Bauten und Anlagen, welche auf die Menge oder die Beschaffenheit des Abwassers einen Einfluss haben kann.</p>
<p><b>Art. 38 Gesuchsunterlagen</b>  <sup>1</sup>Mit dem Gesuch um Erteilung einer Bewilligung für private Abwasseranlagen sind dem Baureferat zusammen mit dem Baugesuch einzureichen:  a) Gesuchsformular (einfach);  b) Situationsplan (Katasterplan) 1:500, mit Eintragung der Baute, der öffentlichen Kanalisation und der Anschlussleitung (im Doppel);  c) Kanalisationsplan (Gebäude-Grundriss) 1:100 oder 1: 50, mit Angabe der Leitungsdimension, des Materials, der Fallstränge und Bezeichnung der angeschlossenen Apparate und Dachflächen(3-fach);  d) Längsprofil der privaten Hauptleitung, von der öffentlichen Kanalisation bis zum entferntesten Anschlusspunkt, mit den zugehörigen Geländehöhen (im Doppel);  e) Eventuell weitere Unterlagen nach Angabe des Tiefbauamtes (Detailpläne, hydraulische Berechnung, Baubeschrieb, Kostenvoranschlag usw.).  <sup>2</sup>Die notwendigen Angaben über Lage, Grösse und Gefälle der öffentlichen Kanalisation, an die angeschlossen werden soll, sind vor der Gesuchseingabe beim Tiefbauamt einzuholen.</p>	<p><b>Art. 14 Bewilligungsverfahren</b>  <sup>1</sup> Der Antrag für eine Kanalanschlussbewilligung ist schriftlich dreifach einzureichen. Die Gemeinde leitet diesen falls erforderlich an die zuständige kantonale Stelle weiter.  <sup>2</sup> In den folgenden Fällen bedarf es zur Erstellung, Erweiterung, Sanierung und Betrieb von Siedlungsentwässerungsanlagen einer kantonalen Bewilligung:  - bei Industrie- und Gewerbebetrieben;  - bei Landwirtschaftsbetrieben;  - bei allen ausserhalb der Bauzone liegenden Anlagen;  - bei Liegenschaften, bei welchen das Abwasser nicht der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlage zugeleitet werden kann;  - bei Fassung und Ableitung von Grund- und Quellwasser und von stetig anfallendem Sickerwasser;  - bei Bauten und Anlagen in Grundwasserschutzonen.  Einer kantonalen Bewilligung bedarf es ausserdem in Industrie und Gewerbezonem, bzw. für Industrie- und Gewerbebauten:  - bei Versickerung von unverschmutztem Abwasser;  - bei Einleitung von unverschmutztem Abwasser in ein Oberflächenge-</p>

<p><sup>3</sup> Alle notwendigen Höhenangaben sind in Metern über Meer anzugeben.</p>	<p>wässer.</p> <p><sup>3</sup> Dem Gesuch sind alle Unterlagen beizulegen, die zu einer Beurteilung notwendig sind. Dazu gehören insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Pläne und entwässerungstechnische Angaben der bestehenden respektive der projektierten Anlagen bis zum Anschluss an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen sowie</li> <li>b) alle Angaben über mögliche Änderungen der Beschaffenheit oder der Menge des abzuleitenden Abwassers und allfällig vorhandene rechtliche Besonderheiten wie zum Beispiel Durchleitungsrechte.</li> </ul>
<p><b>Art. 39 Rückweisung von Gesuchen</b> Unvollständige Eingaben oder solche, welche gegen Gesetzesvorschriften oder gegen diese Verordnung verstossen, können zurückgewiesen werden.</p>	
<p><b>Art. 40 Behandlungsfrist</b> Der Entscheid über die Anschlussgesuche soll in der Regel spätestens 4 Wochen nach Erteilung der Baubewilligung durch die Gemeinde bzw. den Kanton getroffen werden.</p>	
<p><b>Art. 41 Baubeginn</b> Die Bauarbeiten dürfen erst begonnen werden, wenn die rechtskräftige Anschlussbewilligung vorliegt.</p>	<p><b>Art. 15 Bauausführung</b> Mit der Bauausführung, Änderung oder Anpassung der Abwasseranlage darf erst begonnen werden, wenn die Kanalanschlussbewilligung oder die Genehmigung der kantonalen Behörde vorliegt, sofern diese zuständig ist.</p>
<p><b>Art. 24 Aufbruchbewilligung</b> ...</p> <p><sup>2</sup> Bevor im öffentlichen Grund gebaut wird, ist eine Aufbruchbewilligung einzuholen. Der Eingabeplan muss alle Werkleitungen enthalten.</p>	<p><b>Art. 16 Aufbruchbewilligung</b>  Wer im öffentlichen Grund Bauarbeiten ausführt, muss vorgängig eine Aufbruchbewilligung einholen.</p>
<p><b>Art. 16 Bauliche Anforderungen</b> <sup>1</sup> Die Ausführung der Abwasseranlagen darf durch andere Bauteile nicht</p>	

<p>beeinträchtigt werden.</p> <p><sup>2</sup>Die Entwässerungsanlagen von Liegenschaften sind einfach und übersichtlich anzulegen. Sie müssen bei jeder Witterung einwandfrei funktionieren und zur Revision gut zugänglich sein. Die Kaliber der Leitungen sind den zu erwartenden Abwassermengen anzupassen. Die Falleitung für Schmutzwasser und soweit möglich auch die Regenfallrohre sind zur Entlüftung der Entwässerungsanlagen zu verwenden.</p>	
<p><b>Art. 17 Materialien</b></p> <p><sup>1</sup>Für die Abwasseranlagen dürfen nur geeignete und qualitativ einwandfreie Materialien verwendet werden.</p> <p><sup>2</sup>Alle Leitungen, die Schmutzwasser führen, sind in Steinzeugrohre mit vorfabrizierter Muffendichtung oder gleichwertigem Rohrmaterial auszuführen. Für Leitungen, die unverschmutztes Wasser führen, sind Betonrohre oder Rohre aus anderem gleichwertigen Material zulässig.</p>	
<p><b>Art. 18 Rückstauspiegel</b></p> <p><sup>1</sup>Werden Abwasseranlagen für Räume erstellt, die unter dem Rückstauspiegel liegen, sind Rückstausicherungen anzubringen.</p> <p><sup>2</sup>Abwässer aus Räumen, die unter Kanalhöhe liegen, sind zu heben. Die Druckleitungen der Pumpanlagen sind über den Rückstauspiegel zu führen.</p>	
<p><b>Art. 19 Trennung von Frisch- und Abwasser</b></p> <p><sup>1</sup>Jede direkte Verbindung von Frischwasser- mit Abwasseranlagen ist untersagt.</p> <p><sup>2</sup>Im Grundwasser liegende Leitungen und Anschlüsse sind absolut wasserdicht zu erstellen. Die Dichtigkeit ist durch Druckproben nach Weisung der Tiefbauabteilung zu überprüfen, bevor die Leitungen eingedeckt werden. Analoge Druckproben können von der Bauverwaltung auch für Leitungen verlangt werden, die nicht im Grundwasser liegen.</p>	

<p><b>Art. 20 Direkte Abschwemmung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Anlagen im Einzugsgebiet der Abwasserreinigungsanlage sind so auszuführen, dass die Abwässer ohne Zwischenschaltung von Gruben der öffentlichen Kanalisation zufließen (direkte Abschwemmung).</p> <p><sup>2</sup> Die Ausnahmen sind in Art. 32 und 33 geregelt.</p>	
<p><b>Art. 21 Mischsystem, Trennsystem</b></p> <p><sup>1</sup> Beim Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser durch eine gemeinsame Leitung der öffentlichen Kanalisation zugeführt.</p> <p><sup>2</sup> Beim Trennsystem ist für Schmutz- und Niederschlagswasser je eine besondere Leitung notwendig. Das Niederschlagswasser und anderes nicht verschmutztes Wasser ist einer Meteorwasserleitung oder dem nächsten offenen Gewässer zuzuführen.</p>	
<p><b>Art. 43 Orientierung</b></p> <p><sup>1</sup> Der Bauherr hat der Bauleitung oder der Unternehmung rechtzeitig von allen in der Anschlussbewilligung enthaltenen Bedingungen Kenntnis zu geben.</p> <p><sup>2</sup> Ein Satz der gültigen Pläne ist dem Unternehmer und den Kontrollorganen auf dem Bauplatz zur Verfügung zu halten.</p>	
<p><b>Art. 44 Projektänderungen</b></p> <p>Änderungen am genehmigten Projekt bedürfen der Einwilligung des Tiefbauamtes. Sie sind in den genehmigten oder in besonderen Ausführungsplänen anzugeben.</p>	
<p><b>Art. 46 Verantwortlichkeit</b></p> <p><sup>1</sup> Die Prüfung der Pläne und die Baukontrollen durch das Tiefbauamt entbinden weder den Unternehmer, den Bauleiter noch den Bauherrn von der eigenen Verantwortung.</p>	

<p><sup>2</sup> Aus der Mitwirkung des Tiefbauamtes kann keine Haftung der Gemeinde abgeleitet werden.</p>	
	<p><b>Art. 17 Baustellenentwässerung</b> Bei Baubeginn sind die entsprechenden Vorkehrungen für die Baustellenentwässerung gemäss SIA<sup>7</sup> Empfehlung 430 und 431 zu treffen.</p>
<p><b>Art. 42 Verfall der Anschlussbewilligung</b> <sup>1</sup> Die Kanalisationsanschlussbewilligung verfällt ein Jahr nach Eintritt der Rechtskraft, wenn von ihr kein Gebrauch gemacht wird.  <sup>2</sup> Beim Abbruch einer Baute erlischt die zugehörige Anschlussbewilligung.</p>	<p><b>Art. 18 Fristablauf</b> Die Kanalanschlussbewilligung verliert ihre Gültigkeit entsprechend dem Baubewilligungsverfahren.</p>
<p><b>Art. 51 Anpassungstermine</b> Für Gebiete, die durch den Neubau von öffentlichen oder privaten Kanalisationen der Abwasserreinigungsanlage angeschlossen werden, setzt der Gemeinderat die Termine für den Umbau der privaten Abwasseranlagen fest.</p>	<p><b>Art. 19 Anschlussfrist</b> Wird durch den Neubau einer öffentlichen oder privaten Entwässerungsanlage die Anschlussmöglichkeit für bestehende Gebäude geschaffen, so hat der Anschluss mit der Erstellung dieser Entwässerungsanlage, oder auf entsprechende Aufforderung hin, spätestens innert 6 Monaten nach Fertigstellung zu erfolgen.</p>
<p><b>Art. 28 Behördliche Kontrolle</b> Dem Tiefbauamt steht die Kontrolle aller Abwasseranlagen zu. Den mit der Kontrolle betrauten Beamten ist der ungehinderte Zutritt zu gewähren.  <b>Art. 45 Abnahme</b> <sup>1</sup> Fertiggestellte Anlagen sind dem Tiefbauamt zur Kontrolle zu melden.  <sup>2</sup> Mit dem Eindecken der Abwasseranlagen, insbesondere der Leitungen, darf erst nach erfolgter Kontrolle begonnen werden.  <sup>3</sup> Für die Kontrolle notwendige Arbeiter, Geräte und Materialien sind unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.</p>	<p><b>Art. 20 Kontrollen und Abnahmen</b> <sup>1</sup> Im Bau befindliche Siedlungsentwässerungsanlagen sind zur Kontrolle respektive zur Abnahme anzumelden. Die Kontrolle hat in der Regel sofort, spätestens aber binnen zwei Arbeitstagen seit der Anmeldung zu erfolgen.  <sup>2</sup> Die Anschlussleitung darf nicht verlegt werden, bevor das Anschlussstück an die öffentliche Kanalisation fertig versetzt und von der Gemeinde abgenommen ist. Unterirdische Anlageteile dürfen erst eingedeckt werden, nachdem die Kontrolle stattgefunden hat.  <sup>3</sup> Die Gemeinde kann auf Kosten der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers die geeigneten Kontrollmassnahmen anordnen.</p>

<p><sup>4</sup> Neu erstellte Anlagen dürfen vor ihrer Schlussabnahme nicht benützt werden.</p>	
<p><b>Art. 47 Mängelbehebung</b> Abwasseranlagen, welche den genehmigten Plänen und Bauvorschriften nicht entsprechen, sind nach den Weisungen der Kontrollbeamten sofort zu ändern.</p>	
<p><b>Art. 48 Ergänzung der Bewilligung</b> Gibt eine Abwasseranlage zu Beanstandungen Anlass, kann eine Bewilligung nachträglich durch weitere Bedingungen ergänzt werden.</p>	
<p><b>Art. 12 Aufsicht, Bewilligungsmeldepflicht</b> <sup>1</sup> Die privaten Abwasseranlagen (z.B. Kanalisationsleitungen, Vorreinigungsanlagen, Abwasseranlagen zu Grünfuttersilos, Abwasserreinigungsanlagen, Pumpwerke, Nebenanlagen) unterstehen der Aufsicht des Baureferates.  <sup>2</sup> Vor jeder Neuerstellung oder Änderung einer privaten Abwasseranlage - auch wenn sie nicht an das öffentliche Kanalisationsnetz angeschlossen wird - ist eine Bewilligung des Baureferates einzuholen. Bei unwesentlichen Änderungen genügt eine Anzeige an das Tiefbauamt. Reparaturen an unterirdischen, eingemauerten oder einbetonierten Leitungen sind dem Tiefbauamt sofort zu melden.  <b>Art. 54 Ersatzvornahme</b> Befindet sich der Grundeigentümer mit der Ausführung von erlassenen Anordnungen im Verzug, kann die Ersatzvornahme auf dessen Kosten angeordnet oder die Abwassereinleitung bis zur Behebung der Mängel untersagt werden.</p>	<p><b>Art. 21 Inbetriebnahme</b> <sup>1</sup> Die privaten Siedlungsentwässerungsanlagen dürfen erst definitiv in Betrieb genommen werden, nachdem die Abschlusskontrolle ergeben hat, dass sie fachgerecht ausgeführt und funktionstüchtig sind.  <sup>2</sup> Der Gemeinde sind nach der Abnahme der Anlagen innert 90 Tagen Pläne des ausgeführten Werks dreifach einzureichen.  <sup>3</sup> Das Baureferat kann zur Kontrolle Untersuchungen wie Kanal-TV-Aufnahmen oder Dichtigkeitsprüfungen von unterirdischen Anlageteilen verlangen. Diese Aufwendungen gehen zu Lasten der Grundeigentümerin respektive des Grundeigentümers.</p>
<p><b>Art. 27 Unterhalt, Reinigung</b> <sup>1</sup> Unterhalt und Reinigung der privaten Abwasseranlagen obliegen den Grundeigentümern.</p>	<p><b>Art. 22 Unterhaltspflicht</b> <sup>1</sup> Wer eine Siedlungsentwässerungsanlage zu Eigentum hat oder diese betreibt, hat dafür zu sorgen, dass diese baulich und betrieblich in einwandfreiem Zustand gehalten wird.</p>

<p><sup>2</sup> Einzelreinigungsanlagen sind jährlich mindestens einmal zu entleeren und zu reinigen.</p> <p><sup>3</sup> Schlammsammler, Fett- und Mineralölabscheider werden vom Tiefbauamt periodisch kontrolliert und nach Bedarf entleert. Das Tiefbauamt sorgt zudem für die Beseitigung der Abfälle. Die Entleerungs- und Beseitigungskosten gehen zulasten der Eigentümer.</p> <p><sup>4</sup> Pumpen- und Rückstauverschlüsse sind dauernd zu warten. Schachtdeckel und Spülstutzen dürfen nicht überdeckt werden und müssen jederzeit zugänglich sein.</p> <p><sup>5</sup> Bei Vernachlässigung der Unterhalts- und Reinigungspflichten kann das Tiefbauamt die notwendigen Arbeiten zu Lasten des Grundeigentümers ausführen lassen.</p>	<p><sup>2</sup> Bauliche Unterhalts- oder Erneuerungsarbeiten sind der Gemeinde mittels Kanalanschlussgesuch anzumelden.</p> <p><sup>3</sup> In den Grundwasserschutzzonen sind die Bestimmungen des Schutzzonenreglements<sup>8</sup> zu beachten.</p> <p><sup>4</sup> Bei Vernachlässigung der Unterhalts- und Reinigungspflicht kann die Gemeinde die notwendigen Arbeiten zu Lasten der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers ausführen lassen.</p>
<p><b>Art. 25 Anpassungen beim Bau öffentlicher Anlagen</b></p> <p><sup>1</sup> Wird eine öffentliche Kanalisation oder Strasse erneuert oder ausgebaut, so sind gleichzeitig die im Einzugsbereich liegenden schadhafte privaten Abwasseranlagen, auch jene im Hausinnern, zulasten der Grundeigentümer auf den dieser Verordnung entsprechenden Stand zu bringen.</p> <p><sup>2</sup> Müssen private Abwasseranlagen, die dem Stand dieser Verordnung entsprechen, wegen eines öffentlichen Bauvorhabens angepasst werden, gehen die Arbeiten zulasten der Gemeinde.</p> <p><sup>3</sup> Arbeiten an Anlagen mit Beseitigungsrevers erfolgen ganz auf Kosten des Grundeigentümers.</p>	<p><b>Art. 23 Anpassungen und Sanierungen</b></p> <p>Bestehende private Siedlungsentwässerungsanlagen sind an die gesetzlichen Bestimmungen anzupassen bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- erheblichen Erweiterungen der Gebäudenutzung,</li> <li>- eingreifenden Umbauten der angeschlossenen Gebäude,</li> <li>- gebietsweisen Sanierungen von privaten Siedlungsentwässerungsanlagen,</li> <li>- baulichen Sanierungen, Erneuerungen oder Systemänderungen an der öffentlichen Siedlungsentwässerung,</li> <li>- erkannten Missständen.</li> </ul>
<p><b>Art. 13 Grössendimensionierung</b></p> <p>Wird auf Verlangen der Gemeinde eine private Kanalisation im öffentlichen Interesse grösser dimensioniert als die zu entwässernden Grundstücke es erfordern, werden die Mehrkosten von der Gemeinde übernommen.</p>	

<p><b>Art. 26 Anlagen im Bereich von Trinkwasseranlagen</b> Für private Abwasseranlagen im Bereich von Trinkwasserfassungen werden von Fall zu Fall besondere Vorschriften erlassen.</p>	
<p><b>Art. 28 Behördliche Kontrolle</b> Dem Tiefbauamt steht die Kontrolle aller Abwasseranlagen zu. Den mit der Kontrolle betrauten Beamten ist der ungehinderte Zutritt zu gewähren.</p>	<p><b>Art. 24 Kontrollen und Mängelbehebung</b> <sup>1</sup> Die Gemeinde darf auf Vorankündigung hin für Kontrollen die privaten Siedlungsentwässerungsanlagen überprüfen. <sup>2</sup> Die Gemeinde ordnet die Behebung von Mängeln an.</p>
<p><b>Art. 14 Übernahme durch die Gemeinde</b> Bei der Übernahme von Privatstrassen durch die Gemeinde werden die darin liegenden Kanalisationen mitübernommen, sofern sie sich in funktionstüchtigem Zustand befinden und den Vorschriften dieser Verordnung genügen. Die Übernahme erfolgt unentgeltlich; besondere Vereinbarungen bleiben vorbehalten.</p> <p><b>Art. 15 Allgemeine Anforderungen</b> <sup>1</sup> Die privaten Abwasseranlagen sind nach den Vorschriften dieser Verordnung, den VSA-Richtlinien für die Entwässerung von Liegenschaften (I., II., III. Teil) und nach allfälligen weiteren technischen Bedingungen des Tiefbauamtes auszuführen. <sup>2</sup> Ausserhalb des Einzugsgebietes der öffentlichen Abwasserreinigungsanlage sind ferner die Vorschriften der kantonalen Baudirektion massgebend, insbesondere jene über die Klärung der Abwässer.</p>	<p><b>Art. 25 Übernahme von privaten Anlagen</b> <sup>1</sup> Auf Gesuch hin kann die Gemeinde private Siedlungsentwässerungsanlagen in ihr Eigentum übernehmen. <sup>2</sup> Zu übernehmende Anschlussleitungen müssen einen Durchmesser von mindestens 150 mm aufweisen, dem Stand der Technik entsprechen, auf öffentlichem Grund liegen und an die öffentliche Siedlungsentwässerung angeschlossen sein. <sup>3</sup> Für die Übernahme muss ein begründetes öffentliches Interesse bestehen. <sup>4</sup> Private haben ihre Siedlungsentwässerungsanlagen vor der Übernahme durch die Gemeinde auf eigene Kosten kontrollieren zu lassen und den einwandfreien Zustand nachzuweisen. Die Eigentumsübertragung erfolgt unentgeltlich.</p>
	<p><b>V. Allgemeine Bau- und Betriebsvorschriften</b> <b>Art. 26 Bauausführung</b> <sup>1</sup> Die Siedlungsentwässerungsanlagen sind nach den anerkannten Regeln der Technik zu planen, zu erstellen, zu betreiben, zu unterhalten, zu sanieren und zu erneuern. <sup>2</sup> Massgebend sind die jeweils gültigen einschlägigen Normen, Richtli-</p>

	nien und Empfehlungen.
	<p><b>Art. 27 Grundstücksentwässerung</b></p> <p><sup>1</sup> Verschmutztes Abwasser ist der öffentlichen Kanalisation unterirdisch zuzuleiten. Nicht verschmutztes Abwasser ist gemäss Art. 4 dieser Verordnung abzuleiten.</p> <p><sup>2</sup> Kann der Anschluss der privaten Abwasserleitung an die öffentliche Kanalisation nicht im Freigefälle erfolgen, ist zu Lasten der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers ein Fördersystem vorzusehen.</p> <p><sup>3</sup> Jedes Grundstück ist in der Regel für sich und ohne Benützung von fremden Grundstücken zu entwässern; Grundstückanschlussleitungen dürfen nicht unter fremden Gebäuden durchgeführt werden.</p> <p><sup>4</sup> Sind mehrere Grundstücke mit einer gemeinsamen Anschlussleitung zu erschliessen, müssen vor Baubeginn die erforderlichen Rechte, Pflichten und die späteren Eigentumsverhältnisse als Dienstbarkeit geregelt werden.</p> <p><sup>5</sup> Durch bauliche Massnahmen ist zu verhindern, dass Abwasser von befestigten Flächen auf benachbarte Grundstücke und Strassen abfliesst.</p>
<p><b>Art. 30 Beschaffenheit des Abwassers</b></p> <p><sup>1</sup> Das abzuleitende Abwasser muss den eidgenössischen Richtlinien über die Beschaffenheit abzuleitender Abwässer entsprechen.</p> <p><sup>2</sup> Unzulässig ist die Ableitung aller Stoffe, welche die Abwasseranlagen schädigen, deren Betrieb, Unterhalt und Reinigung beeinträchtigen oder das tierische oder pflanzliche Leben im Vorfluter gefährden.</p> <p><sup>3</sup> Insbesondere ist es verboten, folgende Stoffe mittelbar oder unmittelbar in das Kanalisationsnetz einzuleiten:</p>	

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Flüssigkeiten mit schädlichem Säure-, Laugen- oder Salzgehalt;</li> <li>- Gase und Dämpfe;</li> <li>- Giftige, feuergefährliche, explosive und radioaktive Stoffe;</li> <li>- Jauche aus Aborten ohne Wasserspülung, Ställen, Miststöcken sowie Abflüsse aus Futtersilos;</li> <li>- Stoffe, die zu Verstopfungen führen können (Sand, Schutt, Kehricht, Asche, Schlacke, Küchenabfälle, Metzgereiabgänge, Lumpen, Ablagerungen aus Schlammsammlern, Fett- und Ölabscheider usw.);</li> <li>- Zähflüssige und klebrige Stoffe;</li> <li>- Öle und Fette, Bitumen- und Teeremulsionen;</li> <li>- Grössere Mengen von Flüssigkeiten mit Temperaturen über 40° C;</li> </ul> <p><sup>4</sup> Kehrichtvertilger. Der Betrieb von Vorrichtungen zur Beigabe von Kehricht an das Abwasser (sog. Kehrichtvertilger) ist verboten.</p>	
<p><b>Art. 31 Verweigerung der Abwasserannahme</b></p> <p><sup>1</sup> Die Abnahme von Quell- und Grundwasser sowie grössere Mengen ungenügend ausgenützten Brauchwassers (Kühlwasser usw.) kann verweigert werden.</p> <p><sup>2</sup> Fallen grössere Abwassermengen stossweise an, können Massnahmen zum Ausgleich des Abflusses verlangt werden.</p>	
<p><b>Art. 32 Vorreinigung</b></p> <p><sup>1</sup> Abwässer, die den Anforderungen von Art. 30 nicht genügen, sind am Entstehungsort auf Kosten des Grundeigentümers genügend vorzubehandeln (Neutralisation, Entgiftung, Desinfektion, Klärung usw.).</p> <p><sup>2</sup> Die Pläne von Vorreinigungsanlagen sind dem Baureferat zur Genehmigung durch den Gemeinderat einzureichen. Das Baureferat kann im Einvernehmen mit dem Gesuchsteller auf dessen Kosten ein neutrales Gutachten erstellen lassen.</p>	
<p><b>Art. 33 Abscheideanlagen</b></p> <p><sup>1</sup> Abwässer aus Örtlichkeiten, an denen mineralische Öle und Fette sowie feuer- und explosionsgefährliche Stoffe anfallen (Garagen, Reparaturwerkstätten, Autowaschplätze, Benzin- und Öltankanlagen usw.)</p>	

<p>dürfen nur unter Vorschaltung von entsprechenden Abscheideanlagen in das Kanalisationsnetz eingeleitet werden.</p> <p><sup>2</sup> Bei Grossküchen von Restaurationsbetrieben, Krankenhäusern usw. sowie fleischverarbeitenden Betrieben und solchen der organischen Technologie sind Fettabscheider einzubauen.</p> <p><sup>3</sup> Das Tiefbauamt führt ein Verzeichnis über die vorhandenen Abscheideanlagen.</p>	
<p><b>Art. 34 Beseitigung von schädlichen Abgängen</b></p> <p><sup>1</sup> Abgänge, die nicht den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt werden dürfen, sind von gewerblichen und industriellen Betrieben auf eigene Kosten auf geeignete Art zu sammeln und ohne Schädigung Dritter zu beseitigen.</p> <p><sup>2</sup> Sammelbehälter dürfen für die Umgebung keine Gefährdung oder Belästigung ergeben.</p> <p><sup>3</sup> Für Private, die nur geringe Abgänge dieser Art haben, werden Sammelbehälter von der Gemeinde erstellt.</p>	
<p><b>Art. 6 Kostendeckung</b></p> <p>Die durch die Erstellung, den Unterhalt und den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen entstehenden Kosten werden gedeckt durch:</p> <p>a) Bundes- und Kantonsbeiträge  b) Mehrwert- und Anschlussbeiträge  c) Jährliche Abwassergebühr  d) Kredite zu Lasten der ordentlichen oder ausserordentlichen Verwaltungsrechnung der Gemeinde</p>	<p><b>VI. Kosten und Finanzierung</b></p> <p><b>Art. 28 Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p><sup>1</sup> Wer das Eigentum an Siedlungsentwässerungsanlagen innehat, trägt die Kosten für deren Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung.</p> <p><sup>2</sup> Die Finanzierung von gemeinsam benutzten öffentlichen Anlagen (z.B. Durchleitungen, Verbandsanlagen usw.) ist vertraglich zu regeln.</p> <p><sup>3</sup> Bei privaten (vorgezogenen) Erschliessungen sind die Bestimmungen des Baugesetzes<sup>9</sup> massgebend.</p>
<p><b>Art. 36 Kanalanschlussbeitrag</b></p>	<p><b>Art. 29 Finanzierung öffentlicher Anlagen</b></p>

<p><sup>1</sup> Die Grundeigentümer haben beim Anschluss ihrer Liegenschaft an die öffentliche Kanalisation einen Kanalanschlussbeitrag zu leisten.</p> <p><sup>2</sup> Die Höhe des Beitrages wird in der Verordnung über den Kanalanschlussbeitrag festgelegt.</p> <p><b>Art. 37 Abwassergebühr</b></p> <p><sup>1</sup> Grundeigentümer, deren Liegenschaften an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind, haben eine jährliche Abwassergebühr zu entrichten.</p> <p><sup>2</sup> Die Höhe der Gebühr wird in der Verordnung über die Abwassergebühr festgelegt.</p>	<p><sup>1</sup> Die Gemeinde erhebt zur Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen Gebühren und Beiträge. Die Gebühren sind so festzulegen, dass die finanziellen Verpflichtungen für den Erhalt der Anlagen erfüllt werden können.</p> <p><sup>2</sup> Die Finanzierung umfasst die Planung, Erstellung, den Betrieb, den Unterhalt, Sanierungen, Erneuerungen und Erweiterungen neuer und bestehender Siedlungsentwässerungsanlagen, den Kapitaldienst, Rückstellungen, Zinsen und Abschreibungen.</p> <p><sup>3</sup> Der Einwohnerrat erlässt eine Verordnung über die Abwassergebühr<sup>10</sup>.</p>
<p><b>Art. 35 Mehrwertbeitrag</b></p> <p><sup>1</sup> Grundeigentümer, deren Grundstücke durch die Anlage der öffentlichen Kanalisation eine Wertvermehrung erfahren, haben an deren Kosten einen Mehrwertbeitrag (Perimeterbeitrag) zu leisten.</p> <p><sup>2</sup> Die Höhe des Beitrages wird im Reglement betr. die Beitragspflicht der Grundeigentümer an öffentlichen Verkehrsanlagen, Kanalisationen und Wasserleitungen festgelegt.</p>	<p><b>Art. 30 Neuerschliessungen</b></p> <p>Leistungen der Gemeinde werden gemäss der Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge vom 7. Dezember 2006<sup>11</sup> abgegolten.</p>
	<p><b>Art. 31 Vorzeitige Erschliessung</b></p> <p>Im Falle einer gemäss Baugesetz<sup>9</sup> möglichen privaten (vorzeitigen) Erschliessung tragen die Bauwilligen die vollen Kosten für die Erschliessung. Die Gemeinde kann sich auf Gesuch an den Baukosten für die Kanalisation beteiligen. Die Detailregelung erfolgt im Rahmen der Festlegung eines Quartierplans. Der Maximalbeitrag darf den Differenzwert zwischen den tatsächlichen Aufwendungen und den zu erwartenden Mehrwertbeiträgen dabei nicht überschreiten.</p>
<p><b>Art. 29 Haftung</b></p> <p>Der Grundeigentümer haftet der Einwohnergemeinde für jeden Schaden, der wegen fehlerhafter Anlage oder Herstellung oder wegen mangelhaften Unterhalts seiner Abwasseranlagen verursacht wird.</p>	<p><b>VII. Haftung</b></p> <p><b>Art. 32 Haftung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Bewilligung und die Kontrolle privater Siedlungsentwässerungsan-</p>

	<p>lagen durch die Gemeinde entbinden die Grundeigentümerin oder den Grundeigentümer respektive die Auftragnehmerin oder den Auftragnehmer nicht von der Verantwortung, die sie für die Planung, die Erstellung, den Betrieb, den Unterhalt, die Sanierung, die Erneuerung und die Erweiterung tragen.</p> <p><sup>2</sup> Für Schäden, die infolge mangelhafter Projektierung und Erstellung, ungenügenden Funktionierens, mangelhaften Betriebs oder Unterhalts der privaten Siedlungsentwässerungsanlagen an öffentlichen oder anderen privaten Anlagen entstehen, haften die Grundeigentümerin beziehungsweise der Grundeigentümer und die respektive der Fehlbare gemäss dem übergeordneten Recht.</p> <p><sup>3</sup> Für Schäden, die infolge einer kurzzeitigen Überlastung der Siedlungsentwässerungsanlagen entstehen, namentlich durch einen Starkregen, übernimmt die Gemeinde keine Haftung.</p>
	<p><b>VIII. Schluss-, Übergangs- und Strafbestimmungen</b></p>
<p><b>Art. 49 Ausnahmegewilligungen</b> In besonderen Fällen kann der Gemeinderat zweckentsprechende, von den Vorschriften dieser Verordnung abweichende Ausnahmen bewilligen.</p>	
<p><b>Art. 50 Anpassung bestehender Abwasseranlagen</b> Die Grundeigentümer sind verpflichtet, auf Weisung des Gemeinderates bestehende Abwasseranlagen, die nicht diesen Vorschriften entsprechen, auf Schwemmkanalisation umzustellen.</p>	
<p><b>Art. 52 Ergänzende Vorschriften</b> Für private Abwasseranlagen kann der Gemeinderat ergänzende Vorschriften erlassen.</p>	
<p><b>Art. 55 Rechtsmittel</b> <sup>1</sup> Gegen Verfügungen der Bauverwaltung kann der Betroffene innert 10 Tagen eine schriftlich begründete Einsprache an den Gemeinderat richten.</p>	<p><b>Art. 33 Rechtsmittel</b> Gegen Beschlüsse und Verfügungen der Verwaltung kann innert 20 Tagen nach der Zustellung beim Gemeinderat Neuhausen am Rheinfluss schriftlich Einsprache erhoben werden. Diese hat einen Antrag und</p>

<p>ten.</p> <p><sup>2</sup>Gegen Beschlüsse des Gemeinderates kann der Betroffene gemäss Art. 209 ff. des Gemeindegesetzes vom 9. Juli 1892 beim Regierungsrat innert 20 Tagen schriftlich begründeten Rekurs<sup>7</sup> erheben.</p> <p><sup>3</sup>Gegen Strafverfügungen steht dem Betroffenen der Rekurs an den Bezirksrichter Schaffhausen offen. Der Rekurs ist innerhalb 10 Tagen beim Gemeinderat schriftlich einzureichen<sup>8</sup>.</p>	<p>dessen Begründung zu enthalten.</p>
<p><b>Art. 53 Strafen</b></p> <p><sup>1</sup>Verstösse gegen diese Verordnung und gestützt darauf ergangene Verfügungen ahndet der Gemeinderat innerhalb seiner Strafbefugnisse. Eidgenössische und kantonale Strafbestimmungen, insbesondere diejenigen des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes<sup>2</sup>, bleiben vorbehalten.</p> <p><sup>2</sup>Die Bestrafung befreit den Fehlbaren nicht von der Pflicht, beanstandete Mängel zu beheben.</p>	<p><b>Art. 34 Strafbestimmungen</b></p> <p><sup>1</sup> Übertretungen dieser Verordnung und behördlicher Anordnungen, die sich darauf stützen, werden durch den Gemeinderat mit Busse bestraft.</p> <p><sup>2</sup> Vorbehalten bleibt eine Bestrafung nach den anwendbaren Strafbestimmungen von Bund und Kanton.</p>
<p><b>Art. 54 Ersatzvornahme</b></p> <p>Befindet sich der Grundeigentümer mit der Ausführung von erlassenen Anordnungen im Verzug, kann die Ersatzvornahme auf dessen Kosten angeordnet oder die Abwassereinleitung bis zur Behebung der Mängel untersagt werden.</p>	
<p><b>Art. 56 Übergangsordnung</b></p> <p>Gesuche, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung hängig sind, werden nach der neuen Verordnung behandelt.</p>	
<p><b>Art. 57 Inkrafttreten</b></p> <p>...</p> <p>Sie ersetzt die Verordnung über die Beitragspflicht der Grundeigentümer an öffentliche Verkehrsanlagen und Kanalisationen vom 21. Juni 1939, soweit damit die Beitragspflicht an Kanalisationen geregelt wur-</p>	<p><b>Art. 35 Aufhebung früherer Erlasse und Verordnungen</b></p> <p>Mit Inkrafttreten dieser Verordnung werden alle bisherigen damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die Verordnung über die Abwasseranlagen vom 17. Januar 1974 aufgehoben.</p>

de.	
<p><b>Art. 57 Inkrafttreten</b> Diese Verordnung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft<sup>9</sup>.</p> <p>...</p>	<p><b>Art. 36 Inkrafttreten</b> Diese Verordnung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Schaffhausen rückwirkend auf den 1. Januar 2013 in Kraft.<sup>12</sup></p>
<p><sup>1</sup> Beschluss des Einwohnerrats vom 17. Januar 1974</p> <p><sup>2</sup> Heute Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24. Januar 1991 (SR 814.20)</p> <p><sup>3</sup> Heute Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 (SHR 814.200)</p> <p><sup>4</sup> Heute Gemeindegesetz vom 17. August 1998 (SHR 120.100)</p> <p><sup>5</sup> Heute Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen (Baugesetz) vom 1. Dezember 1997 (SHR 700.100)</p> <p><sup>6</sup> Heute Bauordnung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 1. September 1988 (NRB 700.100)</p> <p><sup>7</sup> Heute Art. 127 des Gemeindegesetzes vom 17. August 1998 (SHR 120.100)</p> <p><sup>8</sup> Heute Art. 30 des Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) vom 22. September 1941 (SHR 311.100)</p> <p><sup>9</sup> Vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 28. Mai 1974</p>	<p><sup>1</sup> Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24. Januar 1991 (SR 814.20)</p> <p><sup>2</sup> Gewässerschutzverordnung (GSchV) vom 28. Oktober 1998 (SR 814.201)</p> <p><sup>3</sup> Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 (SHR 814.200)</p> <p><sup>4</sup> Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (Kantonale Gewässerschutzverordnung, GSchVV) vom 2. Juli 2002 (SHR 814.201)</p> <p><sup>5</sup> Beschluss des Einwohnerrats vom xx. xx. 2013</p> <p><sup>6</sup> Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA)</p> <p><sup>7</sup> Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA)</p> <p><sup>8</sup> Schutzzonen-Reglement für die Grundwasserfassung am Rheinfallbecken der Wasserversorgung Neuhausen am Rheinfall vom 28. Januar 1988 (NRB 814.230)</p> <p><sup>9</sup> Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen (Baugesetz) vom 1. Dezember 1997 (SHR 700.100)</p> <p><sup>10</sup> Verordnung über die Abwassergebühr vom 23. Januar 1990 (NRB 814.220)</p> <p><sup>11</sup> Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge vom 7. Dezember 2006 (NRB 700.110)</p> <p><sup>12</sup> Vom Regierungsrat des Kantons Schaffhausen genehmigt mit Beschluss vom xx.xx. 2013</p>

## Teilrevision der Verordnung über die Abwassergebühr vom 23. Januar 1990 (NRB 814.220)

<b>Verordnung über die Abwassergebühr</b> vom 23. Januar 1990 <sup>1</sup>	unverändert <sup>1</sup>
	<i>Der Einwohnerrat,</i>  gestützt auf das Bundesgesetz über den Gewässerschutz vom 24. Januar 1991 <sup>6</sup> , das Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 <sup>7</sup> , die Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 2. Juli 2002 <sup>8</sup> und Art. 29 der Verordnung über die Siedungsentwässerung <sup>9</sup> ,  <i>beschliesst</i> <sup>10</sup>
<b>Art. 1</b> <sup>1</sup> Die Eigentümer und Baurechtsberechtigten, deren Liegenschaften in die Gemeindekanalisation entwässert werden, haben eine Abwassergebühr zu entrichten.  <sup>2</sup> Die Gebühr ist zur Deckung der Aufwendungen bestimmt, welche der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall aus dem Bau, Betrieb und Unterhalt des Kanalisationsnetzes <sup>2</sup> und der zentralen Abwasserreinigungsanlage erwachsen.	<b>Art. 1</b> <sup>1</sup> Die <i>Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die</i> Baurechtsberechtigten, deren Liegenschaften und Grundstücke an die öffentliche Siedlungsentwässerung angeschlossen werden, haben eine Abwassergebühr zu entrichten <sup>10</sup> .  <sup>2</sup> Die Gebühr dient zur Deckung der aus Bau, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Ersatz, Kontrolle und Amortisation des Kanalisationsnetzes <sup>2</sup> und der zentralen Abwasserreinigungsanlage anfallenden Kosten. Sie muss kostendeckend und verursachergerecht sein. <sup>10</sup>
<b>Art. 2</b> <sup>3</sup> <sup>1</sup> Für Liegenschaften, die vollumfänglich an die Wasserversorgung der Gemeinde angeschlossen sind und deren Wasserbezug durch Wassermesser ermittelt wird, beträgt die Gebühr 60 Rappen <sup>2</sup> pro Kubikmeter Wasser.  <sup>2</sup> Für Liegenschaften, die nicht oder nur teilweise an die Wasserversorgung der Gemeinde angeschlossen sind, stellt das Baureferat die anrechenbare Wassermenge fest. Die Gebühr beträgt in diesen Fällen 60	<b>Art. 2</b> <sup>3</sup> <sup>1</sup> Für Liegenschaften, die vollumfänglich an die Wasserversorgung der Gemeinde angeschlossen sind und deren Wasserbezug durch Wassermesser ermittelt wird, beträgt die Gebühr 122 Rappen <sup>10</sup> pro Kubikmeter Wasser.  <sup>2</sup> Für Liegenschaften, die nicht oder nur teilweise an die Wasserversorgung der Gemeinde angeschlossen sind, stellt das Baureferat die anrechenbare Wassermenge fest. Die Gebühr beträgt in diesen <i>Fällen</i> 138

<p>Rappen<sup>2</sup> pro Kubikmeter Abwasser.</p> <p><sup>3</sup>Die Mehrwertsteuer wird zusätzlich verrechnet.</p>	<p>Rappen<sup>10</sup> pro Kubikmeter Wasser.</p> <p><sup>3</sup>unverändert</p> <p><sup>4</sup><i>Diese Gebühren werden vom Gemeinderat an die Teuerung angepasst, wenn die Veränderung gegenüber der letzten Festsetzung wenigstens 3 % beträgt. Massgebend ist der Index der Konsumentenpreise am 30. September des Vorjahrs (Basis: September 2012 = 99,3 Punkte; Dezember 2010 = 100 Punkte)<sup>10</sup>.</i></p>
<p><b>Art. 2a</b><sup>4</sup></p> <p><sup>1</sup>Die Abwassergebühr wird in den Jahren 2000 bis 2005 mit Wirkung ab 1. Juli 2000 so angehoben, dass während dieser Jahre mindestens elf Vierzigstel der Summe vorfinanziert werden können, die Neuhausen am Rheinfeld nach Abzug des Subventionsanteils von den Gesamtkosten der Erneuerung der ARA Röti gemäss Projekt vom 1. Juni 1999 zu tragen hat.</p> <p><sup>2</sup>Die Abwassergebühr wird in den Jahren 2006 bis 2019 so angehoben, dass pro Jahr mindestens ein Viertel der restlichen Summe abgeschrieben werden kann, die Neuhausen am Rheinfeld nach Abzug des Subventionsanteils und der Vorfinanzierung von den Gesamtkosten der Erneuerung der ARA Röti gemäss Projekt vom 1. Juni 1999 zu tragen hat, wobei die gesamten Kosten bis spätestens 2019 vollständig abgeschrieben sein müssen.</p> <p><sup>3</sup>Der Gemeinderat befindet in den Jahren 2000 bis 2018 in Abweichung von Art. 12 lit. h der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfeld vom 2. Juni 1977<sup>5</sup> endgültig über die in den beiden vorstehenden Absätzen vorgesehene Erhöhung der Abwassergebühr. Diese Befugnis fällt mit der vollständigen Abschreibung der Kosten für die Erneuerung der ARA Röti gemäss Projekt vom 1. Juni 1999 dahin.</p>	<p>unverändert</p> <p>unverändert</p> <p><sup>3</sup>Der Gemeinderat befindet in den Jahren 2000 bis 2018 in Abweichung von Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfeld vom 29. Juni 2003<sup>11</sup> endgültig über die in den beiden vorstehenden Absätzen vorgesehene Erhöhung der Abwassergebühr.<sup>10</sup> Diese Befugnis fällt mit der vollständigen Abschreibung der Kosten für die Erneuerung der ARA Röti gemäss Projekt vom 1. Juni 1999 dahin.</p>
<p><b>Art. 3</b></p> <p>Wo aus besonderen Gründen der Wasserverbrauch wesentlich grösser ist als die Menge des Abwassers, das in die Gemeindekanalisation ab-</p>	<p>unverändert</p>

<p>geleitet wird (z.B. zufolge von Verdampfung, der direkten Ableitung von Kühlwasser in ein öffentliches Gewässer, der Verwendung in Gärtnereien usw.) kann das Baureferat auf schriftliches Gesuch hin die Abgabe reduzieren.</p>	
<p><b>Art. 4</b> Bei industriellen und gewerblichen Betrieben kann das Baureferat die Abwassergebühr nach Massgabe der Verschmutzung des anfallenden Abwassers erhöhen. Die zur Ermittlung des Verschmutzungsgrades nötigen Grundlagen (z.B. Gutachten) sind durch das Baureferat zu beschaffen. Die Kosten für die erstmalige Erhebung gehen zulasten der Gemeinde.</p>	<p><b>Art. 4</b> <i>Bei industriellen und gewerblichen Betrieben mit überdurchschnittlich verschmutztem Abwasser ist vom Baureferat die Abwassergebühr nach Massgabe der Verschmutzung des anfallenden Abwassers (Schmutzstofffracht) zu erhöhen. Die zur Ermittlung des Verschmutzungsgrades nötigen Grundlagen (z.B. Gutachten) sind durch das Baureferat zu beschaffen und richten sich nach den massgeblichen Richtlinien des VSA<sup>12</sup>. Die Kosten für die erstmalige Erhebung gehen zulasten der Gemeinde.<sup>10</sup></i></p>
<p><b>Art. 5</b> Gegen Verfügungen, die vom Baureferat auf Grund der Art. 2 bis 4 erlassen wurden, kann innert 20 Tagen ab Datum des Empfangs schriftlich Einsprache beim Gemeinderat erhoben werden.</p>	<p>unverändert</p>
<p><b>Art. 6</b> Die Rechnungsstellung für die Abwassergebühren erfolgt durch die Gas- und Wasserwerke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinflall halbjährlich zusammen mit dem Wasserzins.</p>	<p>unverändert</p>
<p><b>Art. 7</b> Diese Verordnung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 1990 in Kraft. Sie ersetzt die Verordnung vom 12. Juli 1972<sup>6</sup>.</p>	<p>unverändert</p>
	<p><b>Art. 8<sup>10</sup></b> <i>Art. 2 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung wird wie folgt in Kraft gesetzt:</i></p> <p><i>Ab 1. Januar 2013 erhöhen sich die Gebühren um 30 Rappen auf 90 Rappen pro Kubikmeter Wasser respektive Abwasser, ab 1. Januar 2014 um weitere 16 Rappen auf 106 Rappen pro Kubikmeter Wasser beziehungsweise Abwasser und ab 1. Januar 2015 um weitere 16 Rappen auf 122 Rappen pro Kubikmeter Wasser respektive Abwasser. Ab 1. Januar 2016 erhöhen sich die Gebühren um weitere 16 Rappen</i></p>

	<p><i>auf 138 Rappen pro Kubikmeter Wasser respektive Abwasser für den Anwendungsfall von Art. 2 Abs. 2. Die Anpassung dieser Beiträge an die Teuerung bleibt vorbehalten.</i></p>
<p><sup>1</sup> Beschluss des Einwohnerrats vom 14. Februar 1990</p> <p><sup>2</sup> Fassung gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom 10. Dezember 1998, in Kraft ab 1. Januar 1999; vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 9. März 1999</p> <p><sup>3</sup> Fassung gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom 18. Mai 1995; vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 4. Juli 1995</p> <p><sup>4</sup> Eingefügt durch die Volksabstimmung vom 21. Mai 2000</p> <p><sup>5</sup> Heute Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000)</p> <p><sup>6</sup> Vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 24. April 1990</p>	<p><sup>1</sup> Beschluss des Einwohnerrats vom 14. Februar 1990</p> <p><sup>2</sup> Fassung gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom 10. Dezember 1998, in Kraft ab 1. Januar 1999; vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 9. März 1999</p> <p><sup>3</sup> Fassung gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom 18. Mai 1995; vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 4. Juli 1995</p> <p><sup>4</sup> Eingefügt durch die Volksabstimmung vom 21. Mai 2000</p> <p><sup>5</sup> Vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 24. April 1990</p> <p><sup>6</sup> Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24. Januar 1991 (SR 814.20)</p> <p><sup>7</sup> Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 (SHR 814.200)</p> <p><sup>8</sup> Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (Kantonale Gewässerschutzverordnung, GSchVV) vom 2. Juli 2002 (SHR 814.201)</p> <p><sup>9</sup> Verordnung über die Siedlungsentwässerung vom xx.xx 2012 (NRB 814.200)</p> <p><sup>10</sup> Fassung gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom xx. xx 2012; Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2013; vom Regierungsrat des Kantons Schaffhausen genehmigt mit Beschluss vom xx. xx. 2013</p> <p><sup>11</sup> Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000)</p> <p><sup>12</sup> Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA)</p>

## Teilrevision der Verordnung über den Kanalanschlussbeitrag vom 17. Januar 1974 (NRB 814.210)

<p><b>Verordnung über den Kanalanschlussbeitrag</b> vom 17. Januar 1974</p>	<p>unverändert</p>
<p><i>Gestützt auf das kantonale Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung<sup>1</sup> und Art. 36 der Verordnung vom 17. Januar 1974 über die Abwasseranlagen der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall<sup>2</sup>, erlässt der Einwohnerrat folgende Verordnung:</i></p>	<p><i>Der Einwohnerrat,</i></p> <p>gestützt auf das Bundesgesetz über den Gewässerschutz vom 24. Januar 1991<sup>1</sup>, die Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998<sup>2</sup>, das Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001<sup>3</sup> und die Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 2. Juli 2002<sup>4</sup>,</p> <p><i>beschliesst<sup>6,7</sup>:</i></p>
<p><b>Art. 1 Grundsatz</b></p> <p><sup>1</sup> Für den Anschluss der Abwasseranlagen einer Liegenschaft an die öffentliche Kanalisation haben die Grundeigentümer und Baurechtsberechtigten einen einmaligen Anschlussbeitrag zu entrichten.</p> <p><sup>2</sup> Der Anschlussbeitrag ist auch zu bezahlen, wenn der Anschluss unter Mitbenutzung einer bestehenden privaten Leitung erfolgt.</p> <p><sup>3</sup> Wird ein bereits angeschlossenes Gebäude zerstört oder abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt, ist der volle Anschlussbeitrag zu entrichten. Die in den letzten 10 Jahren seit Entstehung der neuen Beitragspflicht geleisteten Anschlussbeiträge werden angerechnet.</p>	<p><b>Art. 1 Grundsatz</b></p> <p><sup>1</sup> Für den Anschluss der privaten Siedlungsentwässerungsanlagen an die öffentliche Kanalisation haben die <i>Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer</i> sowie die Baurechtsberechtigten einen einmaligen Anschlussbeitrag zu entrichten.<sup>7</sup></p> <p><sup>2</sup> unverändert</p> <p><sup>3</sup> unverändert</p>
<p><b>Art. 2 Berechnungsart</b></p> <p><sup>1</sup> Der Anschlussbeitrag wird auf Grund der reduzierten Grundstücksfläche (für Meteorwasseranteil Art. 3) und der Brutto-Nutzfläche (für Schmutzwasseranteil Art. 4) errechnet.</p>	<p><b>Art. 2 Berechnungsart und Indexierung<sup>7</sup></b></p> <p><sup>1</sup> <i>Der Anschlussbeitrag wird für den Meteorwasseranteil auf Grund der reduzierten Grundstücksfläche gemäss Art. 3 dieser Verordnung und für den Schmutzwasseranteil aufgrund der Brutto-Nutzfläche gemäss Art. 4 dieser Verordnung errechnet.</i></p>

<p><sup>2</sup> Beitragshöhe: Pro m<sup>2</sup> reduzierter Grundstücksfläche und pro m<sup>2</sup> Brutto-Nutzfläche wird ein einmaliger Anschlussbeitrag von Fr. 2.50 erhoben.</p> <p><sup>3</sup> Dieser Ansatz basiert auf dem Zürcher Baukostenindex vom Oktober 1971 von 134,1 Punkten bezogen auf das Basisjahr 1966 entsprechend 100 Punkten. Er wird alle 4 Jahre dem jeweiligen Indexstand angepasst.</p>	<p><sup>2</sup> Beitragshöhe: Pro m<sup>2</sup> reduzierter Grundstücksfläche und pro m<sup>2</sup> Brutto-Nutzfläche wird ein einmaliger Anschlussbeitrag von Fr. 6.50 erhoben.</p> <p><sup>3</sup> Alle Gebühren dieser Verordnung werden vom Gemeinderat an die Teuerung angepasst, wenn die Veränderung gegenüber der letzten Festsetzung wenigstens 3 % beträgt. Massgebend ist der Index der Konsumentenpreise am 30. September des Vorjahrs (Basis: September 2012 = 99,3 Punkte; Dezember 2010 = 100 Punkte).</p>																						
<p><b>Art. 3 Berechnung der reduzierten Grundstücksfläche</b></p> <p><sup>1</sup> Die reduzierte Grundstücksfläche ist das Produkt aus der effektiven Grundstücksfläche mal Abflusskoeffizient. Für die einzelnen Bauzonen betragen die Abflusskoeffizienten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kernzone Ortszentrum 0,7</li> <li>- übriges Ortszentrum 0,6</li> <li>- Wohnzonen mit geringer Ausnützung (Wg) 0,4</li> <li>- mit mittlerer Ausnützung (Wm) 0,45</li> <li>- mit hoher Ausnützung (Wh) 0,50</li> <li>- Industriezonen (1) 0,7</li> <li>- Gewerbezone (G) 0,6</li> </ul> <p><sup>2</sup> Bei etappenweiser Überbauung kann bei jeder Etappe die dazugehörige Grundstücksfläche verrechnet werden.</p>	<p><b>Art. 3 Berechnung der reduzierten Grundstücksfläche</b></p> <p><sup>1</sup> Die reduzierte Grundstücksfläche ist das Produkt aus der effektiven Grundstücksfläche mal die Gewichtung in Abhängigkeit der Zonenzugehörigkeit. Für die einzelnen Bauzonen betragen diese Gewichte:<sup>7</sup></p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td><i>Kernzone I</i></td> <td style="text-align: right;">0,70</td> </tr> <tr> <td><i>Kernzonen II und III</i></td> <td style="text-align: right;">0,60</td> </tr> <tr> <td><i>Wohn- und Gewerbezone</i></td> <td style="text-align: right;">0,50</td> </tr> <tr> <td><i>Wohnzone I</i></td> <td style="text-align: right;">0,40</td> </tr> <tr> <td><i>Wohnzonen II und III</i></td> <td style="text-align: right;">0,45</td> </tr> <tr> <td><i>Wohnzone IV</i></td> <td style="text-align: right;">0,50</td> </tr> <tr> <td><i>Gewerbezone I und II</i></td> <td style="text-align: right;">0,60</td> </tr> <tr> <td><i>Industriezone I bis IV</i></td> <td style="text-align: right;">0,70</td> </tr> <tr> <td><i>Sonderzone (je nach genutzter Fläche)</i></td> <td style="text-align: right;">0,80 bis 3.50</td> </tr> <tr> <td><i>Zone für öffentliche Bauten und Anlagen</i></td> <td style="text-align: right;">0,50</td> </tr> <tr> <td><i>Landwirtschaftszone</i></td> <td style="text-align: right;">0,25</td> </tr> </table> <p><sup>2</sup> unverändert</p>	<i>Kernzone I</i>	0,70	<i>Kernzonen II und III</i>	0,60	<i>Wohn- und Gewerbezone</i>	0,50	<i>Wohnzone I</i>	0,40	<i>Wohnzonen II und III</i>	0,45	<i>Wohnzone IV</i>	0,50	<i>Gewerbezone I und II</i>	0,60	<i>Industriezone I bis IV</i>	0,70	<i>Sonderzone (je nach genutzter Fläche)</i>	0,80 bis 3.50	<i>Zone für öffentliche Bauten und Anlagen</i>	0,50	<i>Landwirtschaftszone</i>	0,25
<i>Kernzone I</i>	0,70																						
<i>Kernzonen II und III</i>	0,60																						
<i>Wohn- und Gewerbezone</i>	0,50																						
<i>Wohnzone I</i>	0,40																						
<i>Wohnzonen II und III</i>	0,45																						
<i>Wohnzone IV</i>	0,50																						
<i>Gewerbezone I und II</i>	0,60																						
<i>Industriezone I bis IV</i>	0,70																						
<i>Sonderzone (je nach genutzter Fläche)</i>	0,80 bis 3.50																						
<i>Zone für öffentliche Bauten und Anlagen</i>	0,50																						
<i>Landwirtschaftszone</i>	0,25																						
<p><b>Art. 4 Berechnung der Brutto-Nutzfläche</b></p> <p><sup>1</sup> Die Brutto-Nutzfläche wird gleich berechnet wie die Brutto-Geschossfläche für die Ausnützungsziffer (gem. Bauordnung<sup>3</sup>). Sofern vorhanden, werden auch Nutzflächen im Keller dazugerechnet.</p>	<p>unverändert</p>																						

<sup>2</sup> Nicht überdeckte Nutzflächen werden nicht angerechnet.	
<b>Art. 5 Beitragsermässigung bei Trennsystem</b> Für Grundstücke, die gemäss Baubewilligung im Trennsystem zu entwässern sind, wird der Anschlussbeitrag um 40 Prozent reduziert, wenn das Meteorwasser nicht in eine öffentliche Meteorwasserkanalisation eingeleitet wird.	<b>Art. 5 Beitragsermässigung<sup>7</sup></b> Für Grundstücke, bei denen das Meteorwasser direkt in einen Vorfluter eingeleitet oder vollständig einer Versickerung zugeführt wird, reduziert sich der Anschlussbeitrag um 20 %.
<b>Art. 6 Beitragsermässigung bei Ausschaltung von Einzelreinigungsanlagen</b> Für Gebäude, bei denen mit dem Anschluss oder mit der Einführung der Schwemmkanalisation Einzelreinigungsanlagen (Hausklärgruben, geschlossene Klärgruben, Versickerungsanlagen) ausgeschaltet werden müssen, wird der Anschlussbeitrag um 30 Prozent reduziert.	<b>Art. 6<sup>7</sup></b> streichen
<b>Art. 7 Zusätzlicher Anschlussbeitrag bei Um- und Erweiterungsbauten</b> <sup>1</sup> Bei Um- und Erweiterungsbauten an bereits angeschlossenen Gebäuden wird der zusätzliche Anschlussbeitrag wie folgt berechnet: a) Bei Grundstücken, für welche der Anschlussbeitrag bereits gemäss dieser Verordnung geleistet wurde: Fr. 2.50 pro m <sup>2</sup> zusätzlicher Brutto-Nutzfläche. b) Bei Bauten, für welche der Anschlussbeitrag noch auf Grund der Beitragspflicht-Verordnung von 1939 entrichtet wurde: Fr. 2.50 pro m <sup>2</sup> zusätzlich überbaute effektive Grundstückfläche (auch für unterirdische Bauten und Belagsflächen) und Fr. 2.50 pro m <sup>2</sup> zusätzlicher Brutto-Nutzfläche. <sup>2</sup> Beträgt der Inhalt des umbauten Raumes der Um- oder Erweiterungsbauten mehr als 50 % des bestehenden, bereits angeschlossenen Gebäudes, wird der zusätzliche Beitrag gemäss Art. 2 bis 5 für das ganze Grundstück ermittelt; bereits geleistete Anschlussbeiträge werden angerechnet. Die Indexklausel gemäss Art. 2 gilt für alle Beitragsberechnungen.	<b>Art. 7 Zusätzlicher Anschlussbeitrag bei Um- und Erweiterungsbauten</b> <sup>1</sup> Bei Um- und Erweiterungsbauten an bereits angeschlossenen Gebäuden wird der zusätzliche Anschlussbeitrag wie folgt berechnet: <sup>7</sup> a) Fr. 6.50 pro m <sup>2</sup> zusätzlicher Brutto-Nutzfläche. b) streichen <sup>2</sup> Beträgt der Inhalt des umbauten Raumes der Um- oder Erweiterungsbauten mehr als 50 % des bestehenden, bereits angeschlossenen Gebäudes, wird der zusätzliche Beitrag gemäss Art. 2 bis 5 dieser Verordnung für das ganze Grundstück ermittelt; bereits geleistete Anschlussbeiträge werden angerechnet. <sup>7</sup>

<p><b>Art. 8 Fälligkeit</b> Der Anschlussbeitrag wird mit dem Anschluss an die öffentliche Kanalisation bzw. mit der Vollendung der Um- oder Erweiterungsbauten fällig.</p>	<p><b>Art. 8 Fälligkeit</b> Der Anschlussbeitrag wird mit Beginn der bewilligten Bauarbeiten fällig.<sup>7</sup></p>
<p><b>Art. 9 Schuldner der Anschlussbeiträge</b> Schuldner des Anschlussbeitrages ist der jeweilige Eigentümer des Grundstückes oder Gebäudes bzw. der Baurechtsberechtigte. Überdies haften alle Rechtsnachfolger für die im Zeitpunkt des Liegenschaftserwerbs noch ausstehenden Beiträge.</p>	<p><b>Art. 9 Schuldner der Anschlussbeiträge</b> <i>Wer Eigentümerin oder Eigentümer des betreffenden Grundstücks ist oder für dieses ein Baurecht besitzt, schuldet den Anschlussbeitrag. Für die im Zeitpunkt des Grundstückerwerbs oder der Einräumung des Baurechts noch ausstehenden Beiträge haften alle Rechtsnachfolgerinnen und Rechtsnachfolger solidarisch.<sup>7</sup></i></p>
<p><b>Art. 10 Stundung der Anschlussbeiträge</b> <sup>1</sup>Wenn besondere Umstände es rechtfertigen, kann der Gemeinderat Anschlussbeiträge auf begründetes Gesuch hin bis zu fünf Jahren stunden; die Stundung kann von einer angemessenen Sicherstellung abhängig gemacht werden.  <sup>2</sup>Gestundete Beiträge sind zum Zinssatz der Schaffhauser Kantonalbank für neue 1. Hypotheken auf Wohnbauten zu verzinsen.  <sup>3</sup>Bei Veräusserung der Liegenschaft wird die Restforderung sofort zur Zahlung fällig.</p>	<p><b>Art. 10 Stundung der Anschlussbeiträge</b> <sup>1</sup>unverändert  <sup>2</sup>Gestundete Beiträge sind zum Zinssatz der Schaffhauser Kantonalbank für neue 1. Hypotheken auf Wohnbauten, <i>mindestens jedoch mit 5 %</i> zu verzinsen.<sup>7</sup>  <sup>3</sup><i>Bei Veräusserung des Grundstücks, der Begründung von Stockwerkeigentum oder der Einräumung eines Baurechts wird die Restforderung sofort zur Zahlung fällig.<sup>7</sup></i></p>
<p><b>Art. 11 Rechtsmittel</b> <sup>1</sup>Gegen Verfügungen der Bauverwaltung kann der Betroffene innert 10 Tagen eine schriftlich begründete Einsprache an den Gemeinderat richten.  <sup>2</sup>Gegen Beschlüsse des Gemeinderates kann der Betroffene gemäss Art. 209 ff. des Gemeindegesetzes vom 9. Juli 1892<sup>4</sup> beim Regierungsrat innert 20 Tagen schriftlich begründeten Rekurs erheben.</p>	<p><b>Art. 11 Rechtsmittel</b> <i>Gegen Beschlüsse und Verfügungen der Verwaltung kann innert 20 Tagen nach der Zustellung beim Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall schriftlich Einsprache erhoben werden. Diese hat einen Antrag und dessen Begründung zu enthalten.<sup>7</sup></i>  <i>Abs. 2<sup>7</sup> streichen</i></p>

<p><b>Art. 12 Übergangsordnung</b> Anschlussbeiträge aufgrund dieser Verordnung sind für alle Liegenschaften zu entrichten, deren Anschluss nach Inkrafttreten dieser Verordnung bewilligt wird.</p>	<p>unverändert</p>
<p><b>Art. 13 Inkrafttreten</b> <sup>1</sup> Diese Verordnung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft<sup>5</sup>.  <sup>2</sup> Sie ersetzt die bisherige Regelung gemäss Art. 6 der Verordnung über die Beitragspflicht der Grundeigentümer an öffentliche Verkehrsanlagen und Kanalisationen.</p>	<p><b>Art. 13 Inkrafttreten</b> <sup>1</sup> unverändert<sup>5,8</sup>  <sup>2</sup> streichen<sup>7</sup></p>
<p><sup>1</sup> Heute Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 (SHR 814.200) <sup>2</sup> NRB 814.200 <sup>3</sup> Heute Bauordnung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinflall vom 1. September 1988 (NRB 700.100) <sup>4</sup> Heute Art. 127 des Gemeindegesetzes vom 17. August 1998 (SHR 120.100) <sup>5</sup> Vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 28. Mai 1974</p>	<p><sup>1</sup> Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24. Januar 1991 (SR 814.20) <sup>2</sup> Gewässerschutzverordnung (GSchV) vom 28. Oktober 1998 (SR 814.201) <sup>3</sup> Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 27. August 2001 (SHR 814.200) <sup>4</sup> Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (Kantonale Gewässerschutzverordnung, GSchVV) vom 2. Juli 2002 (SHR 814.201) <sup>5</sup> Vom Regierungsrat genehmigt gemäss Beschluss vom 28. Mai 1974 <sup>6</sup> Beschluss des Einwohnerrats vom 17. Januar. 1974 <sup>7</sup> Fassung gemäss Beschluss des Einwohnerrats vom xx. xx. 2013; In-Kraftgetreten rückwirkend auf 1. Januar 2013; vom Regierungsrat des Kantons Schaffhausen genehmigt mit Beschluss vom xx.xx. 2013. <sup>8</sup> Heute Bauordnung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinflall vom 1. September 1988 (NRB 700.100)</p>



## Gegenüberstellung von Gebühren 'Abwasser' mit Nachbar-Gemeinden

Als Grundlage dienen folgende Angaben:

- Wohnhaushalt mit Verbrauch 85m<sup>3</sup>; Grundstück EFH in Wohnzone
- Aufgrund der unterschiedlichen Massstäbe ist ein direkter Vergleich nicht möglich
- Die jeweiligen Werte wurden nicht nach Index angepasst (nicht relevant)

(Bsp.85m<sup>3</sup>)

Gemeinde/Stadt	Grundgebühr	Mengenpreis	Preis / m <sup>3</sup>
Mitglieder Verband 'Röti'			
Schaffhausen <sup>1)</sup> Indexiert: Basis Januar 2007: 99.9 Punkte	(Grundstücksfläche x Gewicht x Fr. 0.45) Bsp.700x0.40x0.45=Fr. 126.-	Fr. 1.00/m <sup>3</sup>	1.48 <u>1.00</u> <b><u>2.48</u></b>
Feuerthalen (2001)		Fr. 1.90/m <sup>3</sup>	<b><u>1.90</u></b>
Flurlingen (2010)	(Grundstücksfläche x Gewicht x Fr. 0.45) Bsp.700x1.50x0.10=Fr. 105.-	1.40/m <sup>3</sup>	1.23 <u>1.40</u> <b><u>2.63</u></b>
Neuhausen (künftig ab 2015)		Arbeitsgebühr Fr. 1.22/m <sup>3</sup> zuzüglich Verbandsgebühr 0.57/m <sup>3</sup>	1.22 <u>0.57</u> <b><u>1.79</u></b>
Nicht-Mitglieder 'Röti'			
Beringen (2010)	Wohnen Fr. 50.- / Gewerbe bis 10 Vollzeitstellen Fr. 100.- / Gewerbe 11 bis 100 Vollzeitstellen Fr. 500.- ...	Arbeitsgebühr Fr. 0.60/m <sup>3</sup> (Reduktionen um je 0.20 mögl. in Abh. Meteor- und Sickersystemen) zuzüglich Verbandsgebühr 1.90/m <sup>3</sup>	0.59' 0.60 <u>1.90</u> <b><u>3.09</u></b>
Stein am Rhein (2012)	Fr. 100.- bis Fr. 1'200.- abhängig Zählergrösse	2.00/m <sup>3</sup> (ab 1. Okt. 2012 Fr. 1.50/m <sup>3</sup> infolge Tarifabtausch mit Frischwasser;taktischer/politischer Entscheid)	1.17' <u>1.50</u> <b><u>2.67</u></b>
Thayngen (2004)	0.1‰ des Gebäudeversicherungswertes 700'000.- → Fr. 70.-	1.50/m <sup>3</sup> (Reduktionen um 35% mögl. in Abh. Meteor- und Sickersystemen)	0.82' <u>1.50</u> <b><u>2.32</u></b>

<sup>1)</sup> Rechtssammlung der Stadt Schaffhausen (710.2): Art. 5 Abs. 2  
Erfolgt die Strassenentwässerung unter Benützung öffentlicher Siedlungsentwässerungsanlagen, ist die Gebührenpflicht gegeben. Für die der Stadt gehörenden öffentlichen Flächen (Strassen, Plätze, Stiege, Wege, Trottoirs, Radwege) wird eine Pauschalgebühr von Fr. 360'000.- jährlich erhoben. (bei 36'000 Einwohnern entspricht dies Fr. 0.10/m<sup>3</sup>)